

Better alone?

Vor zehn Jahren stimmte eine Mehrheit der Briten für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Mittlerweile bemüht sich London wieder um eine Annäherung an Brüssel

Von Jörg Kronauer

Pünktlich zum zehnten Jahrestag des Brexit-Referendums vom 23. Juni 2016 schwillt sie wieder an: die Debatte darum, ob es nicht an der Zeit sei, den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zumindest partiell wieder rückgängig zu machen. Vollständig ist die Diskussion nie zum Erliegen gekommen. Vor allem die finanziell bessergestellten urban-liberalen Milieus in Großbritannien haben ihre Niederlage in der damaligen Abstimmung bis heute nicht verwunden, und der Gedanke, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, lässt sie seither nicht mehr los. Jetzt aber geht vor allem der rechte Flügel der Labour-Partei, den man diesen Milieus zurechnen kann, energisch in die Offensive. Besonders tut sich dabei Wes Streeting hervor, der Exgesundheitsminister, der seinen Posten am 14. Mai aufgab, um sich für den Machtkampf gegen den schwer angeschlagenen Keir Starmer um den Parteivorsitz und das Amt des Premierministers in Stellung zu bringen. Streeting war stets ein eingefleischter »Remainer«, ein Befürworter des Verbleibs des Vereinigten Königreichs in der EU.

Nur Nachteile?

Streeting meldete sich schon am 16. Mai, nur zwei Tage nach seinem Rücktritt, zu Wort, und zwar auf der Progress Conference, die Labours rechtem Blair-Flügel zugerechnet wird. Es sei »ein katastrophaler Fehler« gewesen, »die Europäische Union zu verlassen«, erklärte der Exminister. Von den »großen, wichtigen Entscheidungen, die wir als Land treffen müssen«, sei diejenige über den Brexit sicherlich die bedeutendste. Der Austritt aus der EU habe »uns weniger wohlhabend, weniger mächtig« gemacht, »und wir haben unsere Lage weniger unter Kontrolle als jemals zuvor seit der Industriellen Revolution«. »Die größte wirtschaftliche Chance, die wir haben«, liege gegenwärtig »direkt vor unserer Haustür«, nämlich in Europa, fuhr Streeting fort – und er folgerte: »Wir brauchen eine neue besondere Beziehung zur EU.« Und um auch nicht den geringsten Zweifel aufkommen zu lassen, ergänzte er: »Die Zukunft Großbritanniens liegt in Europa – und eines Tages wieder in der Europäischen Union.« Die ersten sehr konkreten Schritte in diese Richtung müssten unmittelbar nach der nächsten Parlamentswahl getätigt werden.

Was ist dran an Streetings Behauptung, der Brexit habe Großbritannien wirtschaftlich und politisch schwächer gemacht, habe das Land Wohlstand und Macht gekostet? Nun, zum einen geht sie auch zehn Jahre nach dem

Austrittsreferendum, das damals wie heute die britische Bevölkerung spaltet, an einem Kernpunkt der gesamten Debatte vorbei. Vielen Brexit-Befürwortern ging es vor allem darum, die demokratische Kontrolle über das Geschehen im Land zurückzugewinnen und die als undemokratisch empfundene Brüsseler Bürokratie loszuwerden. Wenn das etwas kostete, wenn man für den Austritt aus der EU etwas weniger Wirtschaftswachstum akzeptieren müsse, dann sei dies halt so – diese Meinung hörte man im Frühjahr 2016 immer wieder. Und nein, beim Wunsch nach mehr demokratischer Kontrolle ging es beileibe nicht nur darum – das war die Forderung der äußersten Rechten –, die Grenzen gegen Flüchtlinge und Migranten etwa auch aus Osteuropa stärker abschotten zu dürfen. Was, wenn die Regierung in London etwa den nächsten Privatisierungsschritt bei der Bahn damit begründete, man könne leider, leider nicht anders, die neoliberalen Regelwerke der EU ließen keine andere Wahl? Aus solchen Winkelzügen der britischen Regierungen speiste sich die Befürwortung des EU-Austritts auf Seiten der Linken.

Ignoriert Streetings Argumentation also die Bereitschaft, für mehr Demokratie in gewissem Umfang materielle Opfer zu bringen, so bleibt sie zum anderen in einem Dilemma stecken. Eines der Grundprobleme, die sich in analytischer wie in politischer Hinsicht mit dem Brexit verbinden, besteht darin, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU in einer Ära schwerer Krisen und eskalierender gesellschaftlicher wie politischer Konflikte vollzogen wurde. Auf das Brexit-Referendum vom 23. Juni 2016 folgten bald der Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump inklusive der Auseinandersetzungen zwischen den USA und Europa, dann die dramatisch steigenden Spannungen mit China. Im Frühjahr 2020 traf die Coronapandemie den europäischen Kontinent. Danach erschütterten der Ukraine-Krieg und seine Folgen nicht nur die EU, sondern auch das Vereinigte Königreich. Seit Januar 2025 spitzten sich die Machtkämpfe mit den USA nach Trumps zweitem Amtsantritt erneut zu. Zuletzt taten der Iran-Krieg und der mit ihm verbundene Energiepreisanstieg das Ihre. All dies war für die Wirtschaft und Politik Großbritanniens genauso Gift wie für die Wirtschaft und Politik auf dem Kontinent.

Entsprechend schwer ist es, die ökonomischen Einbußen, die durch den Brexit entstanden sind – natürlich gab es sie –, von denen zu unterscheiden, die durch die Krisen und Konflikte verursacht wurden. Diese Feststellung ist wichtig, denn in Kreisen der »Remainer« kursieren immer wieder Behauptungen, das derzeitige Erlahmen der britischen Wirtschaft liege nur am Austritt aus der EU. Hinweise mag ein Vergleich mit den beiden großen Wirtschaftsmächten Deutschland und Frankreich geben, die in der EU verblieben sind. In den drei Jahren nach dem Austrittsreferendum wuchs die britische Wirtschaft deutlich stärker als die deutsche und auch ein wenig stärker als die französische. Das Jahr des Austritts selbst, der am 31. Januar 2020 erfolgte, war in allen drei Ländern durch den schweren Wirtschaftseinbruch in der Coronapandemie geprägt. Großbritanniens Absturz war krasser als der in Deutschland und Frankreich, der erneute Aufschwung dafür viel schneller. In den Jahren nach dem Beginn des Ukraine-Krieges war das britische Wachstum schwach, etwas schwächer als das französische, aber nicht ganz so trüb wie die Entwicklung in Deutschland, wo die Wirtschaft 2023 und 2024 sogar schrumpfte. Das Vereinigte Königreich kommt ökonomisch schon seit geraumer Zeit nicht mehr so recht vom Fleck. Den großen Nachbarstaaten auf der anderen Seite des Kanals geht es allerdings nicht anders.

Der Faktor China

Dann wären da die Exporte. 2016, im Jahr des Brexit-Referendums, lagen sie, Exporte von Gütern und Dienstleistungen zusammengefasst, bei 583 Milliarden Pfund. 2025 hatten sie gut 930 Milliarden Pfund erreicht. Von einem Einbruch, womöglich durch den Brexit bedingt, schien also nichts zu sehen. Traf das zu? Während die Dienstleistungsexporte auch noch nach dem tatsächlichen Austritt im Jahr 2020 stetig stiegen, begann die Güterausfuhr nach einem Hoch im Jahr 2022 in der Tat zu schwächeln und ging zurück. Lag das denn nun am Brexit? Erneut: Die Lage ist komplex. Der Güterexport ging parallel auch in der traditionellen Exportgroßmacht Deutschland zurück: Die globale, insbesondere die asiatische Konkurrenz wurde stärker, nahm westlichen Unternehmen ganz allgemein Weltmarktanteile ab. Das hatte im Kern mit dem Brexit nichts zu tun.

Ähnliches zeigt ein Blick auf den Anteil des Absatzmarkts EU an den britischen Exporten insgesamt. Er ging zwar von 43,9 Prozent im Jahr 2017 in der Tat Schritt für Schritt auf 40,7 Prozent im Jahr 2023 zurück. Seitdem nimmt er aber wieder ein wenig zu. Die brexitbedingten neuen Handelshürden haben in der Summe also das Geschäft mit der EU nicht ruiniert. Maßgeblich war anderes, und das erkennt man, blickt man auf die langfristige Entwicklung. Der Außenhandel mit den Staaten der späteren EU-15 hatte im Vereinigten Königreich 1962 bei einem Anteil von 35 Prozent gelegen, war erst leicht, dann – nach dem britischen EU-Beitritt im Jahr 1973 – stark gestiegen und hatte in den 1990er Jahren mehr als 60 Prozent erreicht. Danach ging er sukzessive zurück. Der Grund: Andere Weltregionen, nicht zuletzt China, boomten und nahmen sukzessive mehr britische Exporte ab als die EU. Deren ökonomische Bedeutung auch als Absatzmarkt für Großbritannien ging zurück. Die Tendenz zeigt sich weniger in einem Blick auf die Jahre unmittelbar nach 2016, sondern vielmehr in den langen Linien.

Apropos China: Teil der Strategie, die gemeinhin dem Brexit zugrunde lag, war es, darauf zu setzen, dass andere Weltregionen, wie erwähnt, schneller wuchsen als die EU, und sich stärker auf das Geschäft mit ihnen zu orientieren. Eine wichtige Rolle spielte dabei China. Das Vereinigte Königreich ist bis heute das wichtigste Zielland chinesischer Investitionen in Europa. Nur: Aufgrund der wachsenden politischen Spannungen ist das Umfeld für solche Investitionen erheblich schlechter geworden. So ist es, nur ein Beispiel, für Investoren und für hochspezialisierte Arbeitskräfte aus China inzwischen schwieriger, Visa zu bekommen. Die Spannungen – massiv geschürt schon von der ersten Trump-Administration – führten dazu, dass der Finanzdialog zwischen Großbritannien und China, 2008 initiiert, um mitten in der Finanzkrise der Londoner City neue Chancen in Ostasien zu öffnen, 2019 eingestellt wurde. Damit opferte die Regierung von Premierminister Boris Johnson der Anpassung an den antichinesischen Kurs der Trump-Regierung profitable Geschäfte. Erst Premierminister Keir Starmer nahm Anfang 2025 den Dialog wieder auf. Als die Londoner Zeitung *The Standard* Mitte Juni eine Recherche über zahllose eingefrorene oder vollständig abgesagte chinesische Immobilienprojekte in der britischen Hauptstadt und die damit verbundenen Einbußen publizierte, spekulierte sie, ob dies nicht womöglich eine Folge des Brexits sei. Alles spricht dafür, dass die Ursache eine andere war – nämlich die mutwillig angeheizten politischen Spannungen.

Über die Frage, ob der Brexit oder vielleicht doch etwas anderes die Hauptschuld an der lahmen Wirtschaft im Vereinigten Königreich trägt, wird angesichts der Unklarheit, die die Krisen und Kriege der vergangenen Jahre gebracht haben und weiterhin bringen, fleißig gestritten. Mitte Juni rollte – von rechts – eine neue Welle der Empörung heran. In einer *BBC*-Sendung hatte längere Zeit zuvor eine Moderatorin erklärt, dabei implizit auf eine Äußerung des Gouverneurs der Bank of England Bezug nehmend: »Der Brexit ist einer der Hauptgründe dafür, dass die Wirtschaft im Vereinigten Königreich nicht funktioniert, wie sie könnte, ja wie sie sollte.« Es gab Beschwerden, und die Beschwerdestelle des Senders kam zu dem Ergebnis, die Äußerung der Moderatorin gehe im Kontext der Sendung schon irgendwie in Ordnung. Man hätte sie aber vielleicht etwas geschickter verpacken können – dies auch angesichts der Tatsache, dass der Brexit immer noch die Gemüter erhitzt und die britische Bevölkerung stark spaltet.

Das war der Zeitpunkt, an dem die rechte Tageszeitung *The Telegraph* – sie ist kürzlich von der Axel Springer SE übernommen worden – in die Debatte einstieg. Sie nahm sich die *BBC* nun ganz grundsätzlich vor. In der schriftlichen Begründung der Beschwerdestelle im erwähnten Fall entdeckte der *Telegraph* die Aussage, es sei »Konsens unter Ökonomen«, dass der EU-Austritt »negative Auswirkungen auf die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs« habe – und dass es keine »nennenswerten« Stimmen gebe, die die Dinge anders sähen. Das war nun in der Tat eine recht einseitige Zuspitzung des Sachverhalts. Die *BBC* betrachte also »ökonomischen Schaden durch den Brexit als eine feststehende Tatsache« und sei der festen Ansicht, dies bedürfe »keiner Debatte oder gegenteiligen Sichtweise« mehr, wetterte die Zeitung empört. Nun, die Auffassung, die *BBC* sei alles andere als unparteiisch, teilen nicht wenige, auch Linke – aber vor allem auch Politiker der äußersten Rechten. Der *Telegraph* zitierte prompt Lee Anderson, den Vorsitzenden von Nigel Farages Rechtsaußenpartei Reform UK, die – neben Teilen der Tories – die durchaus zahlenstarke Fraktion der rechten Brexit-Befürworter vertritt. Anderson wütete, es erstaune nicht, dass die *BBC* eine einseitige Perspektive auf den Brexit habe; man solle endlich »die Fernsehgebühr ganz abschaffen«.

Die Tatsache, dass der Brexit in der äußersten Rechten eine starke Anhängerschaft hat, hat zu allerlei Missverständnissen geführt. Eines davon betrifft die Migration. Nein, sie ist nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU nicht von Rassisten gestoppt worden, im Gegenteil. Die Nettoimmigration – die Zahl der Einwanderer minus die Zahl der Auswanderer, britische Bürger inklusive – lag im Referendumsjahr 2016 laut Zahlen des Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS) an der Universität Oxford bei 249.000 Menschen, blieb zunächst etwa auf diesem Niveau, stieg 2019 auf 271.000, 2021 auf 467.000 und 2022 schließlich auf 891.000, lag 2023 noch bei 848.000, um dann rasant auf 331.000 (2024) und 171.000 (2025) zu fallen. Der Anstieg hatte mehrere Gründe. So wurden mehr Arbeitskräfte für schlecht bezahlte Jobs im Gesundheitswesen und in der Pflege angeworben. Hochschulen bemühten sich mehr um ausländische Studierende, über deren Zahlungen sie sich zunehmend finanzieren. Hinzu kamen Flüchtlinge aus der Ukraine. Der drastische Rückgang der Nettoimmigration in den Jahren 2024 und noch stärker 2025 hatte nichts mit dem Brexit zu tun, sondern damit, dass die Tory-Regierung die Gesetze drastisch verschärfte. So ist es seitdem Arbeitern aus dem Ausland etwa nicht mehr erlaubt, ihre Familienangehörigen mitzubringen.

Der Brexit machte sich allerdings, was die Migration angeht, auf andere Weise bemerkbar: Die Herkunft der Einwanderer änderte sich. Die Immigration aus der EU, ganz besonders aus Ost- und Südosteuropa, die 2015 noch rund zwei Drittel der Gesamtimmigration ausgemacht hatte – die Statistiken variieren etwas –, ging aufgrund des jetzt absehbaren Endes der Freizügigkeit zwischen der EU und Großbritannien zurück. Da seit jeher viele Migranten aus Ost- und Südosteuropa nur für einige Jahre ins Vereinigte Königreich zogen – häufig, um das Geld zu verdienen, das sie brauchten, um sich im verarmten Herkunftsland eine bessere Existenz aufzubauen –, nahm ihre Gesamtzahl in Großbritannien ab. Dafür kamen jetzt mehr Menschen aus Südasien – aus Indien, Pakistan, Bangladesch – und aus englischsprachigen Ländern in Afrika, aus Nigeria etwa. Nebenbei: Die Bootsflüchtlinge, gegen die die britische extreme Rechte wie wild agitiert, fallen zahlenmäßig kaum ins Gewicht.

Ein weiteres Missverständnis besteht in der Vermutung, der Brexit habe die extreme Rechte gestärkt. Bei der Parlamentswahl vom Mai 2015 hatte Nigel Farages Rechtsaußenpartei UKIP 12,6 Prozent der Stimmen gewinnen können. Bei der Wahl im Juni 2017 landete sie bei 1,8 Prozent, bei der Wahl im Dezember 2019 schaffte Farage mit seiner neuen Brexit Party gerade einmal zwei Prozent. Die Wahl 2017 war insofern bemerkenswert, als die Labour-Partei unter Jeremy Corbyn sie zwar verlor, aber mit fast 12,9 Millionen Stimmen so viele Wähler in absoluten Zahlen für sich gewinnen konnte wie lange zuvor nicht und auch seitdem nicht mehr. Dem Linkssozialdemokraten Corbyn gelang es vor allem, traditionelle, vernachlässigte Arbeiterbezirke für sich zu gewinnen, die meist für den Brexit gestimmt hatten – oft aus einer tiefen Abneigung gegen die als ein Projekt für gutsituierte Mittelschichtler empfundene EU. Schon bei der Wahl 2019, die von einer massiven Kampagne gegen Corbyn überschattet war, vermochte Labour das nicht mehr. Corbyn war geschwächt, und die Partei liebäugelte immer deutlicher damit, den Brexit abzubremesen, ja, ihn womöglich sogar rückgängig zu machen. Das kam in vielen Arbeiterbezirken ziemlich schlecht an. Unter dem Parteirechten – und EU-Freund – Starmer hat Labour diverse alte Arbeiterbezirke endgültig verloren.

Aufschwung der Rechten

Unmittelbar nach dem Brexit ging es also mit der extremen Rechten erst einmal bergab. Ihr Aufschwung begann in den 2020er Jahren parallel zum Aufschwung extrem rechter Parteien auf dem Kontinent auf der Basis verstärkter rassistischer Agitation gegen Asylsuchende. Bei der Parlamentswahl 2024 konnte Reform UK unter Nigel Farage bereits wieder 14,3 Prozent der Stimmen erzielen. Dann ging es steil bergauf. Ab dem Spätsommer 2025 lag Reform UK in Umfragen zuweilen mit rund 30 Prozent auf Platz eins – mit erheblichem Abstand zu Labour und den Konservativen. Das lag auch daran, dass es der Partei inzwischen gelungen war, in traditionelle Arbeiterbezirke einzubrechen. Bei der Wahl 2019 waren dort viele, die 2017 noch Corbyn-Labour gewählt hatten, zu den Tories übergelaufen. Labour schwankte in Sachen Brexit, nur die Konservativen unter Boris Johnson schienen eine Gewähr für den herbeigesehnten Austritt zu bieten. Bei der Parlamentswahl 2024 und auch in späteren Nach- und Kommunalwahlen gingen immer mehr in den traditionellen Arbeiterbezirken dann zur Wahl von Reform UK über. Starmer-Labour, den Mief der wohlsituierten urbanen Schickeria verströmend und immer deutlicher

auch noch auf eine Annäherung an die EU orientierend, war für viele von ihnen keine Alternative mehr.

Außen- und militärpolitisch hatte der Ukraine-Krieg in London einiges in Bewegung gebracht. Schon unter Premierminister Rishi Sunak hatten Deutschland und Großbritannien begonnen, die militärische Kooperation zu intensivieren. Anlass bot die gemeinsame Frontstellung gegen Russland. Die Militärzusammenarbeit wurde unter Starmer und Bundeskanzler Friedrich Merz intensiviert. Ein Beispiel: Deutsche Seefernaufklärer sollen regelmäßig in Schottland – recht weit im Norden nahe Inverness – stationiert werden, um sich dort an der Überwachung des Nordatlantiks zu beteiligen, über den russische Kriegsschiffe und U-Boote im Kriegsfall in die Gewässer des zentralen Atlantiks einfahren würden. Die Kooperation gewinnt an Gewicht, seit Trump zum zweiten Mal ins Weiße Haus eingezogen ist und die offene Frontstellung gegen Russland zugunsten einer punktuellen taktischen Annäherung aufgegeben hat. Großbritannien reagiert darauf mit einer verstärkten Orientierung auf den europäischen Teil der NATO, der sich inzwischen um eine größere Eigenständigkeit gegenüber den USA bemüht.

Wiederannäherung an die EU

Das ist bei weitem nicht alles. Trump ist dazu übergegangen, Starmer demonstrativ mit offener Verachtung zu strafen, wenn nicht gar zu sabotieren. Sein ehemaliger Intimus Elon Musk hat zunächst Farage unterstützt und dann begonnen, sowohl die Reform-UK-Rechtsabspaltung Restore Britain unter Rupert Lowe wie auch den extrem rechten Hooligan Stephen Yaxley-Lennon aka Tommy Robinson zu fördern, einen mehrfach wegen Körperverletzung und Hypothekenbetrug verurteilten Straftäter, der die Fähigkeit besitzt, Massen zu rassistischen Großdemonstrationen zu mobilisieren. Starmer hat, nun auch nach Absicherung gegen die immer aggressiver auftretenden USA suchend, angefangen, das Vereinigte Königreich wieder stärker an Europa anzunähern, nicht zuletzt wirtschaftlich. Einer der Gründe: Die Vereinigten Staaten nehmen mit Gütern und Dienstleistungen im Wert von 203 Milliarden Pfund insgesamt 21,8 Prozent der britischen Exporte ab. Will Großbritannien von ihnen unabhängiger werden, dann benötigt es ökonomische Alternativen. Eine mögliche Alternative ist die EU. Für die britische Industrie, die den Brexit größtenteils ohnehin nicht wollte, bietet das nun – ebenso wie für die gutsituierten urbanen Mittelschichten – die Chance, eine nicht nur ökonomische, sondern auch strukturelle Wiederannäherung an die EU zu suchen.

Starmer hat inzwischen in der Tat eine systematische Wiederannäherung an die EU gestartet. Im Mai 2025 fand das erste Gipfeltreffen des Vereinigten Königreichs mit der Union seit dem Brexit statt. Vor dem Hintergrund einer »komplexen globalen geopolitischen Landschaft« sei man übereingekommen, »eine neue strategische Partnerschaft« zu schließen, hieß es anschließend in einer gemeinsamen Gipfelerklärung. Im Mittelpunkt der Debatte hätten vor allem »strategische« Themen und eine neue »Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft« gestanden. Daneben sei es aber auch um innenpolitische Fragen und eine wirtschaftliche Wiederannäherung gegangen. Letztere begann die Regierung nun systematisch vorzubereiten. Im Oktober erklärte Finanzministerin Rachel Reeves in einer vielbeachteten Rede, der

Brexit habe der ganzen britischen Wirtschaft gravierende Schäden zugefügt. Dieses Problem müsse nun angegangen werden. Dazu legte sie im März 2026 erste Vorschläge vor. Die britische Regierung sei bereit, teilte sie mit, Handelshemmnisse zu reduzieren, indem sie nationale Vorschriften an die Regelwerke der EU anpasse. Das war, wie zu erwarten war, nur ein erster Schritt.

Weitere folgten. Im Mai schlug die britische Regierung der EU vor, einen gemeinsamen Binnenmarkt für Waren zu schaffen. Damit war die Debatte über eine strukturelle Anbindung an die EU eröffnet. Brüssel lehnte den Vorschlag, wie berichtet wurde, nicht definitiv ab, ließ aber durchblicken, man ziehe eine komplette Zollunion oder auch einen britischen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vor, dem außer der EU Norwegen, Island und Liechtenstein angehören. Der Haken an der Sache: Großbritannien wäre dann grundsätzlich verpflichtet, die Regelwerke der EU weitgehend zu übernehmen, ohne an Entscheidungen über sie beteiligt zu sein. Die Debatte darüber soll jetzt auf einem zweiten Gipfel der EU und Großbritanniens am 22. Juli fortgesetzt werden.

Labours Untergang

Starmer-Herausforderer Streeting ist, wie erwähnt, dafür, nach der nächsten Parlamentswahl den Wiederbeitritt zur EU anzustreben. Ob Labour die Möglichkeit dazu hat, darf man allerdings bezweifeln. Denn die Forderung, den Brexit komplett rückgängig zu machen, ist der sicherste Weg, Labour endgültig zur Partei der urban-liberalen Mittelschichten zu machen und die traditionellen Arbeiterbezirke ein für allemal an die ultrarechte Reform UK zu verlieren. Die Brexit-Befürworter aus der britischen Arbeiterklasse sind schließlich nicht bereit, sich ihren in demokratischer Abstimmung erzielten Sieg vom 23. Juni 2016 umstandslos von der Labour-Aristokratie stehlen zu lassen. Die aber hätte dann bei den nächsten Parlamentswahlen keine Mehrheit mehr.

→ Jörg Kronauer schrieb an dieser Stelle zuletzt am 16. Mai 2026 über den Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina Christian Schmidt: [»Wie ich entscheide!«](#)

<https://www.jungewelt.de/artikel/524740.brexit-better-alone.html>